

stimmt werden kann. Die Eltern müssen darauf vorbereitet werden, daß die Ergebnisse der pränatalen Diagnostik sie in einen Entscheidungskonflikt stellen können. Beratung soll gewährleisten, daß das Lebensrecht auch eines behinderten Kindes gewürdigt wird und mit der Pränataldiagnostik nicht automatisch die Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch im Falle einer festgestellten Fehlbildung verbunden wird. Pränatale Diagnostik lediglich zum Zweck einer Geschlechtsbestimmung ist wegen des möglichen Mißbrauchs ethisch nicht vertretbar und muß ausgeschlossen bleiben.

Wenn feststeht, daß ein Kind mit einer Krankheit oder Fehlbildung erwartet wird, muß die Beratung verdeutlichen, daß es sich bei den beiden Alternativen, ein krankes Kind anzunehmen und auszutragen oder die Schwangerschaft abzubrechen, um einen kaum lösbaren menschlichen Konflikt handelt. Wenn bei einem krankhaften Befund automatisch die Konsequenz eines Abbruchs der Schwangerschaft gezogen wird, ist die Auseinandersetzung mit diesen Konflikten verdrängt.

Der ethische Konflikt ergibt sich aus folgenden Überlegungen: Einer verwerflichen Tötung werdenden menschlichen Lebens steht die Übernahme von Leid und Verantwortung gegenüber, die ein krankes Kind für die Eltern bedeutet. Aber auch die Last der Krankheit für das erwartete Kind muß stellvertretend übernommen werden. Wenn Eltern sich bereit finden, das Leid und die Verantwortung, die mit einem behinderten Kind auf sie zukommen, zu übernehmen, so entscheiden sie damit auch, daß ihr Kind mit der schweren Krankheit oder Mißbildung leben muß. Es kann kein Ziel sein, Leid unbedingt zu vermeiden; Leid kann auch stärken oder ungeahnte Kräfte wecken. Die Meinung, von Geburt an mißgebildete oder schwerstbehinderte Menschen dürften nicht geboren werden, ist ethisch nicht akzeptabel und mit dem christlichen Glauben unvereinbar. Neben der schwierigen Abwägung zwischen Schuld, Leidübernahme und Leidzumutung geht es um ein Abwägen der Fähig-

keit der Eltern bzw. der Familie, das Schicksal eines kranken Kindes mitzutragen. Immer spielt auch das Ausmaß der spezifischen Erkrankung, der Grad einer zu erwartenden Behinderung bei der gemeinsamen Bearbeitung dieses Konfliktes eine entscheidende Rolle. Beratung kann nur individuell erfolgen und sich am Einzelschicksal der Familie orientieren. Das Abwägen im Einzelfall läßt sich nicht durch Gewichtung verschiedener Behinderungen (nichtlebensfähig, schwerstbehindert, leichtbehindert, riskant) ersetzen.

Weder kann sich eine Entscheidung nur nach den Wünschen der Eltern richten, noch darf der Berater seine Vorstellungen aufdrängen. Genetische Beratung ist in diesem Sinne ein kommunikativer Prozeß der beide Seiten, Eltern und Berater, zur gewissenhaften, gemeinsamen ethischen Verantwortung in allen Entscheidungen aufruft.

Im Falle der Entscheidung für das Austragen eines mißgebildeten oder schwerstbehinderten Kindes ist eine kontinuierliche beratende Schwangerschaftsbegleitung notwendig. Die Nachbetreuung in derartigen Konfliktsituationen ist für die Kirche und ihre Diakonie zunächst eine seelsorgerliche Aufgabe, erfordert aber auch weitere flankierende Maßnahmen, um die gesellschaftliche Annahme von Behinderten, insbesondere behinderten Kindern, zu unterstützen. Die Kirche darf allerdings auch keine Versprechungen machen, die sie nicht einhalten kann.

Es muß selbstverständlich sein, daß auch bei einer Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch eine Nachbetreuung und Begleitung erfolgt.

Humangenetische Beratung und Diagnostik erfordert selbstverständlich eine qualifizierte Ausbildung auf dem Gebiet der Humangenetik und der Beratertätigkeit. Zusätzlich aber wird an den Berater ein hoher Anspruch an menschlicher Zuwendung und ethischem Urteilsvermögen gestellt, damit die Beratung zu verantworteten Entscheidungen verhelfen kann.

Von „Normalität“ weit entfernt

Politisch-kirchliche Spannungen in Polen

Am Ende des Jahres 1985 rücken Meldungen aus Polen wieder auf die Titelseiten der Tageszeitungen. Es hatte eine kurze Zeit lang so ausgesehen, als ob nach den Sejmwahlen am 13. Oktober 1985, dem kleinen Revirement im zentralen Parteiapparat und der Regierungsumbildung in der ersten Novemberhälfte eine gewisse psychologische Beruhigung einzutreten würde, die die Behauptung von Regierung und Massenmedien stützen könnte, daß mit der mehrmals verschobenen Parlamentswahl, dem Rücktritt Wojciech Jaruzelskis als

Ministerpräsident und seiner Berufung zum Staatsoberhaupt die Phase der politisch-gesellschaftlichen „Stabilisierung“ abgeschlossen sei und die Behörden sich ganz auf die Verwirklichung der Wirtschaftsreform und die Befriedigung der weit zurückgesteckten Konsumbedürfnisse der Bevölkerung konzentrieren würden.

Offensichtlich wurde aber in den letzten Wochen eine neue Phase in dem „Klassenkampf“ eingeleitet, von dem der Erste Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

(PVAP), General Jaruzelski, während der zweiten Ideologiekonferenz der Partei Ende November sagte, er bestehe in Schärfe und werde sich fortsetzen.

Man sollte gewiß nicht jedes Wort für bare Münze nehmen, das auf der Ideologiekonferenz einer Partei gesprochen wird, die noch immer mit den politischen und ideologischen Niederlagen der vergangenen Jahre (Solidaritäts-Zeit, Kriegsrecht) hadert und in Polen eine Ideologie repräsentiert, die sich zur Sekte zurückentwickelt hat. Doch geben verschiedene politische Signale der zurückliegenden Wochen Anlaß zu der Annahme, daß die Staats- und Parteiführung noch genügend Widerstände gegen ihre Auffassung von Normalisierung beobachtet.

Jaruzelski auf dem Höhepunkt seiner Macht

Die Ergebnisse der Sejmwahlen konnten Jaruzelski und seine Mannschaft zwar nicht als einen glänzenden Sieg, aber cum grano salis als einen *Achtungserfolg* für ihre Konzeption der Stabilisierung der gesellschaftlich-politischen Lage in Polen verbuchen. Offiziell wurde die Wahlbeteiligung mit 78% angegeben. Es war sicher eine langfristige Auswirkung des Schocks vom August 1980 (Massenstreiks) und des neuen Glaubwürdigkeitssyndroms der Partei, daß der nachträglichen Wahlmanipulation, die seit den vierziger Jahren die Regel war, Grenzen gesetzt wurden. Die Wahlausschüsse waren in diesem Jahr nicht so gefügig wie in der Vergangenheit. Es fanden sich Ausschüsse, die trotz massiven Drucks nicht zuließen, daß „getürkte“ Wahlergebnisse in die Protokolle eingetragen wurden.

Auch wenn es einige Prozent weniger Wahlbeteiligung als offiziell verlautbart gab – in den realsozialistischen Staaten ist allein die *Wahlbeteiligung* von Bedeutung, da bei den Wahlen keine Oppositionsparteien kandidieren dürfen –, konnte das Wahlergebnis als ein Zeichen für die weiter zunehmende politische Apathie der „schweigenden Mehrheit“ der Polen gelten, nicht so sehr als ein Zeichen der Zustimmung zum Demokratieverständnis der PVAP im allgemeinen und zur Politik der Regierung Jaruzelski im besonderen. Dieses verbreiten nämlich Partei, Regierung und Massenmedien in einem Akt der (Selbst-)Täuschung. In jedem anderen realsozialistischen Staat, gewöhnt an 98–99%-Ergebnisse, hätte eine Wahlbeteiligung von 78% als Katastrophe gegolten. Für Polen gelten weiter besondere Maßstäbe.

Der General stärkte mit dem Parlamentswahlergebnis seine Position gegenüber innerparteilichen Gegnern seiner „mittleren“ Linie in der Innenpolitik, die sich zuletzt mit dem Popieluszko-Mord brutal gemeldet hatten. Die endgültige Entmachtung des für den Sicherheitsdienst (SB) zuständigen ZK-Sekretärs *Mirostaw Milewski* im Mai 1985 und die *Übernahme der Kontrolle über den Parteiapparat im Innenministerium*, dem Miliz und SB unter-

stehen, im Dezember 1984 durch Jaruzelski waren bereits Erfolge des Partei-Generals. Nach den Parlamentswahlen folgten weitere Schritte zur Befestigung seiner Macht im Partei- und Staatsapparat.

Auf der ersten Sitzung des Sejm der IX. Kadenz (Legislaturperiode) am 6. November wurde Jaruzelski zum Vorsitzenden des Staatsrats gewählt und damit formelles Staatsoberhaupt. Das Amt des Ministerpräsidenten gab er an den Wirtschaftsprofessor (Spezialgebiet: Buchhaltung) *Zbigniew Messner* ab, der bei der Nominierung im Sejm eine unglückliche Figur machte, als wüßte er, daß er zum präsumptiven Sündenbock für noch nicht besiegelte Mißerfolge ausersehen sei. Ob es ein geschickter Schachzug Jaruzelskis war, die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik abzugeben und für ein mögliches Scheitern nicht direkt verantwortlich gemacht werden zu können? Jedenfalls erlaubt die neue Ämterkombination (Erster Sekretär, Staatsratsvorsitzender), sich auf die Vorbereitungen für den 10. Parteitag im Frühjahr 1986 zu konzentrieren, um ihn zu *seinem* Parteitag zu machen, die Arbeit der Staatsverwaltung nach seinen Vorstellungen zu reorganisieren und die traditionelle Rolle Polens in der europäischen Politik durch demonstrative außenpolitische Aktivitäten (z.B. kurzfristiger Paris-Besuch am 4. 12. 1985) wiederherzustellen.

Jaruzelskis persönlicher Rivale *Stefan Olszowski* mußte aus dem Politbüro ausscheiden. Er war bereits im Sommer – für einige überraschend – nicht mehr auf der Kandidatenliste für den Sejm erschienen. Als einen Tag nach der *Sitzung des Zentralkomitees* (11. 11.) der neue Premier Messner sein Kabinett im Sejm vorstellte, fehlte der bisherige Außenminister Olszowski auch auf der Kabinettsliste. Andererseits verlor auch der Jaruzelski-Vertraute *Mieczyslaw Rakowski* sein Regierungsamt. Dies ist von westlichen Beobachtern als Entmachtung des als „Liberaler“ geltenden Rakowski kommentiert worden. Sicherlich hat sein neues Amt als einer von vier Vizemarschällen des Sejm nur protokollarische Bedeutung. Zugleich wurde Rakowski jedoch zum Vorsitzenden des 250köpfigen „Gesellschaftlich-Politischen Rats beim Sejm“ gewählt. Dieses Beratungsgremium, in dem namhafte unabhängige Wissenschaftler sitzen werden, könnte sich allmählich zu einer Art zweiter Kammer entwickeln und auf die Regierungs- und Gesetzgebungsarbeit einen größeren Einfluß ausüben als der Sejm. Zumindest könnte dieser Rat sich als ein ungemütlicherer Kontrolleur der Regierung erweisen als das Parlament. Das gäbe Rakowski als Rats-Vorsitzendem neue Einflußmöglichkeiten. Gleichzeitig wird es vermutlich eine Aufgabe des Jaruzelski-Vertrauten sein, ein wachsendes Auge auf das keiner Parteidisziplin unterworfenen Beratungsgremium zu werfen, auf daß es nicht zu aufmüpfig werde.

Diese Gefahr besteht für den Sejm der IX. Kadenz nicht, dessen Mitglieder nach einem mehrstufigen Auswahlprozeß auf die Wahllisten gesetzt worden waren. Es fehlen die alten Profile: Der unabhängige Publizist *Karol Matczynski* war schon im vergangenen Jahr gestorben; der

parteilose Publizist *Edmund Osmańczyk* hatte sich durch seine unbequemen Auftritte im Sejm und außerhalb unbeliebt gemacht und mußte auf sein Mandat verzichten; dasselbe galt für den ehemaligen Vorsitzenden des Polnischen Katholisch-Sozialen Verbandes (PZKS), *Janusz Zabłocki*.

Ein braver Sejm mit katholischer Ausnahme?

Es ist bezeichnend, daß erstmals seit 1956 keine katholische Gruppierung mehr im Sejm vertreten ist, die eine leidliche Beziehung zum authentischen katholischen Milieu (KIK, ZNAK, Tygodnik Powszechny, Bischofskonferenz) hat. Die Zabłocki-Gruppe hatte im Frühjahr 1984 nach einer Palastrevolution ihre Führungsposition im PZKS verloren. Seitdem führte der PZKS unter dem neuen Vorsitzenden *Zbigniew Zieliński* eine „nationaldemokratische“ Wende durch. Seit der Verfassungsdebatte 1976 war das Verhältnis des sog. Neo-ZNAK, der sich Anfang 1981 in PZKS umtaufte, zu den katholischen Kreisen problematisch, entspannte sich aber seit Anfang der achtziger Jahre. Nach der Wende im PZKS gelten alle drei im Sejm vertretenen katholischen Gruppierungen (PZKS, PAX, ChSS) als „rezimowy“ (regimenahne).

Um ihren Dialogwillen zu beweisen, hatte die Regierung händeringend nach einem katholischen Kandidaten Ausschau gehalten, der als Vertrauter des Episkopats auf die 50köpfige Landesliste für die Sejmwahlen gesetzt werden könnte. *Jerzy Turowicz*, der Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, verweigerte – persönlich angesprochen – seine Kandidatur. Er hätte sich nur bereit erklärt, wenn er von Primas Józef Glemp ausdrücklich dazu aufgefordert worden wäre. Der Primas gab dieses Signal nicht.

Der einzige katholische Sejmabgeordnete von Gewicht, der über die Landesliste ins Parlament gewählt wurde, der Professor für Geschichte an der Katholischen Universität Lublin und Vorsitzende des Lubliner KIK (Klub der Katholischen Intelligenz), *Ryszard Bender* (Sejmabgeordneter (Neo-ZNAK 1976–1980) machte sich bereits auf der dritten Sitzung des Sejm am 27. November bei Partei und Regierung unbeliebt. Während der Plenardebatte über die Finanzpolitik ergriff Bender das Wort. Er streifte die finanziellen Probleme des Staates, um dann zum Kern seiner Rede zu kommen, die für ihn beunruhigenden gesellschaftlichen Probleme. Bender betonte in seinem Debattenbeitrag, es werde für den neuen Ministerpräsidenten unmöglich sein, einen „echten Dialog“ mit der polnischen Gesellschaft zu führen, wenn er weiterhin die von der „Solidarität“ hochgehaltenen Werte des Enthusiasmus und Patriotismus verkenne. Diese Werte würden von der großen Mehrheit des polnischen Volkes geteilt. Weiter warf der Abgeordnete den Behörden vor, praktizierende Katholiken von verantwortungsvollen Posten auszuschließen. „Zeigen Sie mir Wirt-

schaftsführer, Juristen oder Lehrer, die arbeiten können, ohne ihren Glauben verbergen zu müssen“, rief Bender aus (lt. AFP, 28. 11. 1985).

Der katholische Abgeordnete aus Lublin leistete auch einen Beitrag zur innerpolnischen Debatte über den Sinn des Fortbestands der Patriotischen Bewegung der nationalen Wiedergeburt (PRON). Er äußerte sich ähnlich kritisch über den Beitrag von PRON zum „wahrhaftigen Dialog“ und über die Zukunft der „Bewegung“ wie das PRON-Landesratsmitglied, der Gesellschaftswissenschaftler *Mikołaj Kozakiewicz*, in der Warschauer Tageszeitung „Życie Warszawy“ (17. 11. 1985).

PRON am Scheidewege?

Kozakiewicz stellte die *Daseinsberechtigung der PRON* nach dem Abschluß der beiden Wahlkampagnen – zu den Nationalrätewahlen am 17. Juni 1984 und zu den Sejmwahlen am 13. Oktober 1985 – in Frage. Die Ursachen für das Scheitern von PRON sieht Kozakiewicz darin, daß PRON keine unabhängige Bewegung wurde, sondern von denen getragen wurde, die der Staatsmacht wohlgesonnen waren. Schließlich seien führende Funktionäre der Bewegung zugleich Mitglieder der Staatsorgane, mit denen PRON eigentlich in einen Dialog eintreten wollte.

Mit der Kritik von Seiten Benders, Kozakiewiczs und anderer wurde der Sinn des wichtigsten Forums der von der Warschauer Führung deklarierten Verständigung und politischen Transmissionsriemens von den Staatsinstitutionen zur Gesellschaft bezweifelt, das erst vor zwei Jahren (1983) offiziell die seit den fünfziger Jahren bestehende Front der nationalen Einheit (FJN) abgelöst hatte. PRON stellte die Prinzipien der Herrschaftsausübung (führende Rolle) der Partei nicht in Frage. Andererseits hatte man den Eindruck gewinnen können, daß für einen Teil des politischen Establishments nach dessen subjektivem Willen eine Reform nicht bloßer Schein und Fassade sein sollte, sondern hier der ehrliche Wille bestand, das politische System – beispielsweise über die PRON-Strukturen – zu liberalisieren. Angesichts der in Polen vorherrschenden politischen Haltungen schien aber die Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz der PRON von Anfang an – und zwar negativ – beantwortet. Gutwillige Vermittler zwischen „der Macht“ (władza) und der Gesellschaft, die sich auch in PRON finden, agierten damit in einer aussichtslosen Situation.

Insbesondere in den Diskussionen um die *neuen Wahlordnungen* für die Wahlen zu den Nationalräten und zum Sejm erwies sich die relative Einflußlosigkeit von PRON. Beispielsweise wurden die Vorschläge, die Kandidatenlisten zu erweitern und die Benutzung der Wahlkabinen bei der Wahl obligatorisch zu machen, von der Partei verworfen. Daß die PVAP mit einer solchen Politik die Glaubwürdigkeit einer von ihr selbst ins Leben gerufenen Institution untergrub, war für Jaruzelski aber offensicht-

lich zweitrangig gegenüber der Aufgabe, die Herrschaft des Establishments nicht durch riskante Demokratisierungsexperimente zu unterminieren. Der Handlungsspielraum der Jaruzelski-Mannschaft ist äußerst eng gezogen, da die Zustimmung zu ihr in der Bevölkerung zu gering ist.

Neue Maßnahmen gegen die Hochschulen

Diese Einschätzung bestimmt auch das *Vorgehen gegenüber dem akademischen Milieu*, den Hochschulen, den Professoren und Studenten. Der personelle Einfluß der Partei an den Hochschulen war bisher nahezu mikroskopisch klein. In der Parteipresse häuften sich die Forderungen nach einer Überprüfung der Lehrer- und Hochschullehrerkader. Die Diskussionen in Partei und Hochschulministerium über geeignete Maßnahmen, um die Hochschulen disponibler zu machen, endeten mit einem neuen Hochschulgesetz im Juli 1985, mit dem die Hochschulautonomie trotz des Widerspruchs des Hauptrats der Wissenschaften, eines Konsultativorgans beim Ministerium, der Universitäten und der katholischen Kirche stark beschnitten wurde. Ende November 1985 machte Hochschulminister Prof. *Benon Miśkiewicz* auf spektakuläre Weise von seinem Recht der Absetzung von Hochschullehrern Gebrauch. Nahezu 50 Rektoren, Prorektoren, Dekane und Fachbereichsleiter der großen Universitäten wurden ihrer Ämter enthoben. Besonders stark von der Maßnahme betroffen war die Heimatuniversität des Ministers, die Adam-Mickiewicz-Universität Posen. Dort sollen der Rektor, vier seiner Stellvertreter und sieben Dekane abgesetzt worden sein (FAZ, 30. 11. 85). Allen entlassenen Professoren wurde aufgrund von Sondervollmachten des Hochschulministeriums gekündigt, die die Absetzung ohne Angabe von Gründen bis zum 30. November ermöglichten.

Diese administrativen Eingriffe werden von dem betroffenen Milieu und von den anderen gesellschaftlichen Gruppen als ein weiterer *Beweis für die Dialogunfähigkeit* der Behörden angesehen, vor der der Abgeordnete Bender zur selben Zeit im Sejm warnte, und Verbitterung, „Staatsnihilismus“ oder einfach gesellschaftliche Apathie vergrößern, vor der die politische Führung im Augenblick womöglich noch mehr Angst hat als vor der offenen Opposition. Die ist nicht zuletzt in Gestalt der „Solidarität“ im Untergrund und des unabhängigen Publikationswesens (zwischen 600 und 900 regelmäßig und unregelmäßig erscheinende „Untergrund“-Publikationen) noch vorhanden; sie kann aber wenig oder keine praktikablen Alternativen anbieten, die von der Gesellschaft, insbesondere von der Arbeiterschaft als moralisch aufrichtende Handlungsanweisungen angenommen werden könnten.

Bleibt angesichts der zunehmenden Einschränkungen unabhängiger gesellschaftlicher und kultureller Artikulation die katholische Kirche als einzige Institution mit den

entsprechenden organisatorischen und räumlichen Möglichkeiten, einem weiten Spektrum der unabhängigen Aktivitäten der Gesellschaft (Bildung, Kultur u. a.) Zuflucht zu gewähren. Diese nach Ansicht der Behörden nicht ins Aufgabengebiet der Kirche gehörenden quasioppositionellen Aktivitäten sind in den letzten Monaten zunehmender Kritik der Parteimedien ausgesetzt. Die kulturelle Tätigkeit der Katholischen Kirche und die beteiligten Wissenschaftler und Künstler sollen wohl schärfer ins Visier genommen werden. Besonders die „Wochen der christlichen Kultur“, die im ganzen Lande veranstaltet werden, sind der Partei ein Dorn im Auge. Auf der erwähnten 2. ideologisch-theoretischen Konferenz der PVAP richtete Parteichef Jaruzelski eine Warnung an die katholische Kirche. Die Behörden würden gegen „politischen Klerikalismus, gegen Fanatismus und Intoleranz“ vorgehen. Er forderte die Kirche auf, sich für das Wohl Polens einzusetzen. (Reuter, 28. 11. 1985)

Die Agrarstiftung – ein Projekt will nicht sterben

Freilich gibt es Meinungsunterschiede zwischen Partei und Kirche, was unter dem „Wohl Polens“ im konkreten Fall zu verstehen ist. Ein schlagendes Beispiel dafür liefert das leidige Thema der *katholischen Agrarstiftung* (vgl. HK, Februar 1985, 64–69). Wie ein führender Kopf der Stiftung dem Autor mitteilte, sei die schon Jahre währende Diskussion über den Landwirtschaftsfonds anfangs nützlich für die kirchliche Pastoral auf dem Lande gewesen. Deren Entwicklung beschrieb der Gesprächspartner vor allem im Süden Polens als „schön“. Vor allem in Rzeszów, Tarnów, Thorn, Konin, Radom, in der Umgegend von Warschau und in Grünberg (Zielona Góra) gebe es eine positive Entwicklung. Gar nicht entwickelt sei die Pastoral auf dem Lande in Białystok, Ostpreußen und Stettin. Wenig Erfolg gebe es auch in Schlesien. Einige Bischöfe seien nicht so engagiert. In diesem Zusammenhang fiel auch der Name des Erzbischofs von Posen.

Heute sei das Hin und Her über die Stiftung nicht mehr so nötig für diese Seelsorge. Primas *Glemp* wolle ein Ende der Diskussion über das Projekt: Erfolg oder Scheitern des Projekts müßten jetzt resümiert werden. Nach einer längeren Sommerpause hatte am 16. September 1985 die letzte Sitzung von Regierung und Stiftungskomitee im Landwirtschaftsministerium stattgefunden. Während der Sitzung wurde über drei strittige Punkte gesprochen: Erstens: der Landwirtschaftsminister gab seine Forderung auf, über einen zusätzlichen Paragraphen im Statut der Stiftung bei der Bestimmung der Priorität der Programme die entscheidende Stimme zu beanspruchen. Zweitens: Prinzipiell wurde Steuerfreiheit zugesagt, mit der Einschränkung, daß den Behörden die Dokumente vorgelegt werden sollten, aus denen die Kalkulationen hervorgingen. Drittens: Aus politischen Gründen sollte die Stiftung die Schenkung von Lech Wa-

leşa in Höhe von 193 000 Dollar – die Nobelpreisdotierung – nicht akzeptieren. Die Behörden fürchteten zudem weitere Donationen von seiten der Bauern.

Das für den 17. Oktober vereinbarte nächste Treffen zwischen der Regierung und den Stiftungsvertretern wurde einen Tag vor dem festgesetzten Termin von Regierungsseite ohne Angabe von Gründen und ohne neuen Terminvorschlag abgesagt. In dem Kommuniké des Organisationskomitees der Agrarstiftung vom 18. Oktober (Tygodnik Powszechny, 27. 10. 1985) wurde die Besorgnis geäußert, daß der für die Pilotprojekte im Jahre 1985 zur Verfügung stehende Devisenfonds verfallen könnte. Als ein Anzeichen für die wachsende Resignation konnte der Satz interpretiert werden: „Im Zusammenhang damit schilderten die Mitglieder des Komitees dem Primas das Problem der Zweckmäßigkeit, ihre Tätigkeit fortzusetzen.“

Wirtschaft: Warten auf den Silberstreif

Die Drohung des *Organisationskomitees der Agrarstiftung*, seine Tätigkeit einzustellen, konnte als Signal an die Regierung verstanden werden. Schließlich wollen sowohl die Warschauer Führung als auch Primas Glemp die spektakuläre Feststellung eines endgültigen Scheiterns des Stiftungsprojekts vermeiden, da beide Seiten ungeachtet drohender Töne von seiten der Behörden keine demonstrative Verschärfung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche wünschen. Ob der zuletzt gemachte Vorschlag der Regierung, die Gespräche über den Agrarfonds noch in diesem Monat wieder aufzunehmen, die Sache voranbringen wird, bleibt abzuwarten.

In ihrem begrenzten Konflikt mit der katholischen Kirche gehen Partei und Regierung anscheinend weiterhin selektiv vor: auf der einen Seite Polemik und Versuche, die gesellschaftliche Tätigkeit der Kirche („politischer Klerikalismus“) zu behindern, auf der anderen Seite „Fortsetzung der prinzipiellen und konstruktiven Haltung der letzten Jahre“ (Jaruzelski auf der 2. Ideologiekonferenz). Wie schwer beides zu vereinbaren ist, zeigt das bisherige Schicksal der Agrarstiftung.

Nach der Regierungsumbildung Anfang November sollte ursprünglich nicht der Konflikt mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Mittelpunkt des innenpolitischen und internationalen Interesses stehen, sondern die *wirtschaftlichen Probleme*, die künftig in einem Klima der Sachlichkeit angegangen werden sollten, um unter der Regierung des Wirtschaftsfachmanns Messner die Neuordnung und Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse voranzutreiben. Die polnischen Behörden sorgten selbst dafür, daß die politischen Probleme in den Schlagzeilen der westlichen Medien blieben. Gab es denn Positives über die bisherigen Ergebnisse der Wirtschaftspolitik zu berichten? Der Kommentator der Tageszeitung „Życie Warszawy“ schrieb dazu: „Ein Pferd mit Sattelzeug demjenigen, der nach Abwägung aller Plus-

und Minuspunkte der Reform noch präzise auszusagen imstande ist, an welchem Punkt sich unsere Wirtschaft heute auf dem Wege von der Krise zum Gleichgewicht befindet“ (Zit. nach General-Anzeiger, Bonn, 13. 11. 85).

Die Erörterungen der Fachleute zeigen in der Tat: bisheriger Verlauf gegenwärtiger Stand und zukünftige Entwicklung der Wirtschaftsreform liegen im dunkeln. Die Übergangszeit bis zum Wirksamwerden des gesamten Reformwerks zieht sich zu lange hin. Deshalb verlangsamte sich das Tempo. Das ständige Umorganisieren und Abändern von Spielregeln und Vorschriften verhindert das Entstehen eines stabilen Rahmens. Der Mangel an Ausgangsmaterialien und Ersatzteilen fördert die Neigung, zu den alten Methoden des Kommandierens von oben zurückzukehren. Zur Wiedergewinnung einer ausgeglichenen wirtschaftlichen Entwicklung wären nach Ansicht der polnischen Wirtschaftswissenschaftler vor allem „drei große K“ erforderlich: Konsequenz, Kompetenz und komplexes Vorgehen.

Zweifel hegen die Wirtschaftswissenschaftler, ob die notwendige strukturelle Umgestaltung der polnischen Volkswirtschaft wirklich durchgeführt wird. Eine Fortführung der Investitionen aus der Gierek-Zeit („Investruinen“) wäre eine schwere Belastung für die polnische Wirtschaft. Der größte Teil der Investitionen aus den siebziger Jahren wird nach dem derzeitigen Stand der Diskussion des Fünfjahrplans 1986–1990 fortgesetzt werden. Es würden die Mittel für eine Änderung der Produktionsstruktur fehlen. Zudem würde mit den gegenwärtigen Investitionsstrukturen, mit der weiteren Vernachlässigung des Konsumgüterbereichs gegenüber dem Produktionsgütersektor die Inflation, die bei ca. 19% (1985) liegt, weiter angeheizt und zu einer gefährlichen Quelle der Unzufriedenheit in der Bevölkerung werden.

Versuch einer Bilanz

Wie könnte eine kurze, notwendigerweise lückenhafte *Bilanz* der jüngsten Entwicklung in Polen aussehen? Aus der Beobachtung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Daten könne man mit aller gebotenen Vorsicht die Schlüsse ziehen, daß

- die Konsolidierung der Herrschaft der politischen Elite unter General Jaruzelski weit fortgeschritten und mittelfristig gesichert ist;
- der politischen Konsolidierung die wirtschaftliche auf dem Binnenmarkt nur im Bereich der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln folgt;
- die Gefahr sich vergrößert, daß mit der endgültigen Verabschiedung des Fünfjahrplans 1986–1990 die ursprünglichen Intentionen der 1982 ins Leben gerufenen Wirtschaftsreform endgültig begraben werden;
- mittelfristige Konsolidierung der Herrschaft der Gruppe um Jaruzelski nicht gleichzusetzen ist mit

- wachsendem Vertrauen von seiten der Gesellschaft – unabhängig von politischen Orientierungen;
- die Liquidierung letzter Inseln gesellschaftlich kultureller Autonomie (Universitäten, Schulen) fortschreitet;
- repressiv anwendbare Gesetze aber nicht automatisch gleichzusetzen sind mit angewandeter Repression;
- auch unter den reduzierten Bedingungen die Möglichkeiten der Artikulation kultureller Vielfalt und wissenschaftlicher Freiheit bemerkenswert groß sind;
- das politische System Polens eher als autoritär (und zugleich chaotisch), keinesfalls aber als totalitär zu bezeichnen ist;
- trotz der politischen Konsolidierung und wirtschaftlichen Verbesserung der Lage auf niedrigem Niveau der Glaube an die Reformierbarkeit des Systems im Sinne von allmählicher Demokratisierung weitgehend fehlt;
- die Vertreter der unterschiedlichen Richtungen der demokratischen Opposition sich uneins sind über die Möglichkeiten der Entwicklung einer konstruktiven Strategie;
- unter dem Schirm der katholischen Kirche und ihrer Räumlichkeiten der Geist der Solidarität – nicht unbedingt die Gewerkschaft selbst – weiterlebt;
- eine offene Konfrontation mit der katholischen Kirche von der Regierung nicht gesucht wird, aber eine Politik der Nadelstiche;
- von Repräsentanten verschiedener politischer und gesellschaftlicher Richtungen in Polen in Anbetracht der „konservativen“ Tendenzen, des Beharrungsvermögens der Apparate, der Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung und der Unmöglichkeit, eine solche durchzuführen, die Möglichkeit bzw. Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs eines neuen offenen Konflikts am Ende der achtziger Jahre diskutiert wird.

Dieter Bingen

Konzilsbilanz nach 20 Jahren

Diskussion und Ergebnis der römischen Sondersynode

Die Bischofs-Sondersynode, von Johannes Paul II. im Januar 1985 für November/Dezember 1985 einberufen, dauerte nur 14 Tage. Sie wurde am Sonntag, den 24. November, mit einem feierlichen Gottesdienst in St. Peter, zu dem die Bischöfe wie zur Konzilsöffnung vom Bronzetor des Vatikans her feierlich über den Petersplatz in den Petersdom einzogen, eröffnet. Sie endete am 7. Dezember mit einer Schlußsitzung, in der der Papst einen neuen gesamtkirchlichen Katechismus ankündigte. Dieser Schlußsitzung folgte am Sonntag, den 8. Dezember, der feierliche Abschlußgottesdienst wiederum in St. Peter. Als Sondersynode über das Zweite Vatikanum erregte sie mehr öffentliche Aufmerksamkeit als jede andere bisherige gesamtkirchliche Synodalversammlung. Ihre Beratungen und ihre Ergebnisse, so fragmentarisch sie angesichts der begrenzten Zeit ausfallen mußten, wurden insgesamt positiv wohlwollend aufgenommen. Ulrich Ruh zieht, Anregungen und Forderungen in der Diskussion mit den schriftlich fixierten Ergebnissen vergleichend, ein Gesamtresümee. Diesem folgen die Synoden-Botschaft „an die Christen in der Welt“ und der am Montag, den 9. Dezember in Rom veröffentlichte Schlußbericht im Wortlaut.

Die am 8. Dezember mit einer feierlichen Messe im Petersdom beendete Vollversammlung der Bischofssynode war nicht nur in dem eher technischen Sinn „außerordentlich“, daß an ihr nur die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen teilnahmen. Außerordentlich an ihr war vor allem ihr Thema: Schließlich stand nicht wie bei den letzten „ordentlichen“ Vollversammlungen ein Teilaspekt des kirchlichen Lebens zur Diskussion, sondern sie sollte, wie es Johannes Paul II. erstmals in seiner Ankün-

digungsansprache vom 25. Januar 1985 formuliert hatte, das Zweite Vatikanische Konzil feiern, seine Auswirkungen überprüfen und Schritte zu seiner weiteren Rezeption ins Auge fassen. Daß mit einem solchen Programm eine nur zweiwöchige und überdies auch nicht besonders intensiv vorbereitete (vgl. dazu HK, November 1985, 522–525) Versammlung von vornherein überfordert sein würde, daran konnte schon im Vorfeld der Synode kein Zweifel bestehen. Um so höher ist zu veranschlagen, daß es den 165 Synodenvätern gelang, Ergebnisse ihrer Beratungen in einem *Schlußdokument* zusammenzufassen, über das am Vormittag des 7. September abgestimmt wurde und für dessen Veröffentlichung der Papst in seiner Schlußansprache an die Synode gleich anschließend grünes Licht gab. Auch in dieser Hinsicht muß man der Vollversammlung das Prädikat „außerordentlich“ zusprechen: Zum ersten Mal seit 1971 ließ es eine Vollversammlung der Bischofssynode nicht bei „Propositiones“ zu Händen des Papstes bewenden, sondern legte neben einer eher appellativ gehaltenen „Botschaft“ auch ein eigenes Schlußdokument vor.

Ein breites Spektrum von Problemen und Anregungen

Das Grundgerüst dieser „Relatio finalis“ findet sich schon im ersten Bericht von Kardinal *Gottfried Danneels*, den er als von Johannes Paul II. bestellter Relator am 25. November der Vollversammlung vortrug. Nach einer ausführlichen Bilanz der nachkonziliaren Entwicklung